

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst
am 22.03.2018

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 20:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Reinhard Schäffer - Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Gerhard Henrichsmeier - stellv. Bezirksbürgermeister (RM)
Herr Klaus-Dieter Hoffmann
Herr Simon Lange
Herr Günter Möller
Herr Werner Thole - Vors. / RM
Herr Achim Tölke

SPD

Frau Ingeborg Abendroth
Herr Nesrettin Akay - Vors.
Frau Ursula Fecke
Frau Melanie Grbeva

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Burauen - Vors.
Herr Roland Lasche

Die Linke

Herr Hans-Dietmar Hölscher

Parteiloses Mitglied

Herr Karl-Hermann Vagt

Entschuldigt fehlt:

SPD

Herr Patrick Mayregger

Gäste

Herr Runge	Planungsbüro Drees & Huesmann	(zu TOP 7)
Herr Dr. Aubke	Vorsitzender des Seniorenrates	(zu TOP 9)

Von der Verwaltung

Herr Ellermann	Bauamt	(zu TOP 6)
Frau Loh	Bauamt	(zu TOP 7)
Frau Konteh	Umweltbetrieb	(zu TOP 8)
Herr Greve	Immobilienervicebetrieb	(zu TOP 8)
Frau Bueren	Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention	(zu TOP 9)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Frau Machnik	Bezirksamt Heepen	(Schriftführerin)

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung:

-/-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Schäffer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst

a) Baumaßnahme Dingerdisser Straße

Herr Plöger (Einwohner des Stadtbezirkes Stieghorst) weist darauf hin, dass unter dem Tagesordnungspunkt 10 der heutigen Sitzung zum Bauprogramm 2018 – 2022 auch die Dingerdisser Straße für eine Baumaßnahme im Jahr 2022 aufgeführt sei. Er fragt nach, welche Maßnahmen dazu im Einzelnen geplant seien, ob es schon genauere Pläne darüber gebe und diese einsehbar seien.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist darauf, dass es zu dem Bauprogramm in der heutigen Sitzung zunächst nur eine Informationsvorlage gebe.

Herr Skarabis teilt ergänzend mit, dass die Baumaßnahme Dingerdisser Straße seit Jahren mit oberster Priorität von der Bezirksvertretung Stieghorst gesehen werde. Gesamtstädtisch könne eine Realisierung jedoch erst 2022 erfolgen. Details seien zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu erwarten, da eine genaue Planung noch erfolge. Auf Nachfrage erklärt Herr Skarabis, dass mit einer Vorstellung circa ein Jahr vor Beginn der Maßnahme gerechnet werden könne und dann im Falle eines neuen Ausbaustandards eine Beschlussfassung in der Bezirksvertretung erfolge.

Herr Plöger bezeichnet die Antworten aus seiner Sicht zunächst als ausreichend.

b) Abbruch des Gebäudes Flensburger Straße 38 e

Herr Brunsperger (Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst) spricht sich gegen den geplanten Abriss des o. a. Gebäudes aus und regt die Einrichtung eines Heimatmuseums darin an, da es nirgends eine Dokumentation über Stieghorst gebe.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Stieghorst über den Abriss nur informiert worden sei. Die Anregung könne aber aus der Bezirksvertretung weitergegeben werden.

c) *Baumfällarbeiten im Stadtbezirk Stieghorst*

Herr Brunsperger (Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst) kritisiert, dass nach seiner Beobachtung sehr viele, auch gesunde Bäume in Stieghorst gefällt worden seien. Dies verstärke den Lärmpegel im Allgemeinen und schade der Luftreinhaltung. Beispielhaft erwähnt er Bereiche an der Brokstraße bei Prowerk, am Ostring oder in Oldentrup hinter der Firma Dürkopp Adler. Er bittet um Angabe der Gründe.

Herr Skarabis sichert die Weitergabe an den Umweltbetrieb zu.

d) *Einrichtung einer Hundefreilauffläche*

Herr Tomarzalian (Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst) fragt nach, ob es aktuelle Informationen zu der Einrichtung einer Hundefreilauffläche in Stieghorst gebe. Er habe ein Schreiben erhalten, dass es eine geeignete Fläche gebe und dann nichts wieder davon gehört.

Herr Skarabis erklärt, dass die Herrichtung dieser Fläche an der Straße Tackeloh Geld koste, das die Stadt Bielefeld zurzeit nicht im Haushaltsplan vorgesehen habe. Ein Beschluss der Bezirksvertretung sei darüber auch nicht gefasst worden. Er erinnert aber an die Anregung von Herrn Burauen seinerzeit, dass sich gegebenenfalls Betroffene zusammenschließen und finanziell beteiligen oder auf mögliche Sponsoren zugehen könnten.

Da keine weiteren Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt werden, schließt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 31. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 22.02.2018

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass die in der letzten Sitzung zu TOP 1 getroffene Aussage, dass der Beschluss der Bezirksvertretung Stieghorst für eine fußläufige Öffnung des Fadenweges einstimmig erfolgt sei, nicht zutrefe (BV Stieghorst, 22.02.2018, TOP 1). Der Beschluss sei seinerzeit bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit getroffen worden.

Unter Berücksichtigung der genannten Anmerkung ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 31. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 22.02.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3**Mitteilungen****3.1****Ausbauplanung Oerlinghauser Straße
(vgl. BV Stieghorst – 22.02.2018 – TOP 5.1)**

Herr Skarabis berichtet, dass die Verwaltung dem Wunsch nach einer Vorstellung der Ausbauplanung noch nicht nachkommen könne, da noch Prüfaufträge abzuarbeiten und Varianten zu bewerten seien. Stattdessen sei der Vorschlag, diese zunächst im anlassbezogenen Arbeitskreis Tiefbau und Verkehr, der am 29.03.2018 stattfindet, vorzubesprechen. Er verweist auf den vor der Sitzung verteilten Rahmenterminplan. Aufgrund der dort vorgesehenen zwei Sitzungstermine der BV Stieghorst hoffe er, dass die Befürchtungen einer Beschlussfassung unter Zeitdruck ausgeräumt seien.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 3.1*

-.-.-

3.2**Neuaufgabe Schulwegepläne**

Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung verteilte Mitteilung zu den Schulwegeplänen. Für die Neuaufgabe nehme das Amt für Schule bis zum 27.04.2018 gern Anregungen entgegen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 3.2*

-.-.-

3.3**Handbuch und Fernsprechverzeichnis der Stadtverwaltung**

Herr Skarabis verweist auf das vor Sitzungsbeginn an die Mitglieder (ohne Ratsmitglieder) verteilte Handbuch und Fernsprechverzeichnis 2018.

Die Anregung von Herrn Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion), den Stadtbezirk Stieghorst zusammenhängend im Fernsprechverzeichnis nachrichtlich beim Bezirksamt Heepen darzustellen, sei nunmehr umgesetzt worden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 3.3*

-.-.-

3.4 **Wendehammer im Fadenweg**

Herr Skarabis berichtet, dass die Straßenverkehrsbehörde aufgrund von wiederholten Beschwerden für den Wendepplatz im Fadenweg die Einrichtung eines Haltverbotes angeordnet habe, das von Feuerwehr und Umweltbetrieb befürwortet werde. Dies sei auch Bestandteil des Beschlusses der Bezirksvertretung Stieghorst zum Fadenweg gewesen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 3.4*

-.-.-

3.5 **Spielgeräte für die Grundschulen Hillegossen und Ubbedissen (vgl. BV Stieghorst – 23.11.2017 – TOP 10)**

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer richtet den Dank der Grundschulen Hillegossen und Ubbedissen aus für die neuen Spielgeräte. Eines werde bereits genutzt, das andere befinde sich im Aufbau.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 3.5*

-.-.-

3.6 **Preisverleihung an den Garten-Kultur-Verein(t) Sieker e. V.**

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer berichtet, dass der Gartenverein den Heinrich-Böll-Preis 2017 erhalten habe. Dieser solle am 24.06.2018 im Sieker-Park übergeben werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 3.6*

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Anfragen der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 4 *

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Siedlung Alter Dreisch

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6345/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Mitgliedes der Partei Die Linke:

*„Die Verwaltung wird gebeten, im Vorfeld der gewünschten Gespräche mit dem Immobilieneigentümer IWG über die Siedlung Alter Dreisch eine wohnungsaufsichtsrechtliche Überprüfung durchzuführen. Zudem soll geprüft werden, in welchem Umfang KdU-Leistungen in diesen Häusern gezahlt werden und ob die Mieter*innen hinsichtlich Mietminderungen beraten werden können.“*

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) begründet den Antrag dahingehend, dass der Eigentümer sich weigere Gespräche zu führen. Es solle Bewegung in dieses Dauerthema kommen und er bitte die weiteren Mitglieder der Bezirksvertretung dies zu unterstützen.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) bittet dazu, zunächst den vorgesehenen TOP 6 und somit den Vortrag der Verwaltung vorzuziehen. Dagegen regt sich kein Widerspruch.

Dazu begrüßt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer Herrn Ellermann als Leiter des Bauamtes.

Herr Ellermann berichtet, dass er zwei Tage vor der Sitzung ein längeres Telefonat mit der in Berlin ansässigen Immobilienverwaltung geführt habe. Erneut sei von dort die Aussage getroffen worden, dass keine Gebäude der Siedlung Alter Dreisch abgerissen werden sollen und noch in diesem Jahr saniert werde. Dies sei dem Bauamt inzwischen auch schriftlich bestätigt worden. Zudem sei die Bereitschaft signalisiert worden, nach den Osterferien ein erstes gemeinsames Gespräch mit der Bauverwaltung zu führen. Weiterhin berichtet Herr Ellermann, dass seitens des Bauamtes Ortsbesichtigungen unter Beteiligung von Frau Cooper auch in den Wohnungen der Siedlung stattgefunden hätten. Es

seien Mängel erfasst worden, die zwar teilweise erheblich seien, aber nicht den Erlass von Modernisierungs- oder Instandsetzungssatzungen rechtfertigten. Entsprechende Verfügungen zur Mängelbeseitigung seien vorbereitet worden. Es sei beabsichtigt, mit dem Eigentümer in dem gemeinsamen Gespräch zu vereinbaren, dass die gravierenden Mängel vor einer Modernisierung beseitigt werden.

Herr Akay spricht sich trotz der aktuellen Informationen erneut für die beantragte Beschlussfassung aus, da dies den Druck auf den Eigentümer verstärke.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, wann bzw. ob erst nach dem politischen Druck jemand auf das Bauamt zugekommen sei. Er befürchte vom Eigentümer hingehalten zu werden. Weiterhin stellt er die Frage, ob die Bürgerinitiative ebenfalls an dem Gespräch im Bauamt teilnehmen solle.

Herr Thole ist der Meinung, dass der Antrag hinfällig sei, da die Verwaltung vieles bereits abgearbeitet habe. Die Bezirksvertretung habe einiges bewirkt. Ein Gespräch sei geführt worden bzw. werde erfolgen und dies sei schriftlich mitgeteilt worden. Er sehe es eher als hinderlich an, zum jetzigen Zeitpunkt Druck aufzubauen. Er fragt nach, ob die Verwaltung den Antrag noch für erforderlich halte.

Herr Ellermann verneint dies. Er teilt zu dem Antrag mit, dass nach einer dem Bauamt vorliegenden Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt- KdU-Mittel für dieses Wohngebiet gezahlt würden. Eine Rechtsberatung seitens der Stadt Bielefeld sei nicht möglich; im Rahmen der Leistungsgewährung könnten aber Berechtigungsscheine ausgestellt werden um eine Rechtsberatung in Anspruch zu nehmen. Er wisse, dass sich einige Mieterinnen und Mieter der Siedlung bereits rechtlich vertreten ließen.

Auf die Frage von Herrn Burauen berichtet Herr Ellermann, dass er sich umfassend nach der letzten Sitzung zu dem Thema informiert habe und von Herrn Moss gebeten worden sei, den Kontakt zu dem Eigentümer zu suchen. Er schildert seine Wahrnehmung, dass er seitens der Immobilienverwaltung in dem geführten Gespräch in keiner Weise Ablehnung registriert habe. Weiterhin sei in der vorliegenden schriftlichen Mitteilung um einen Terminvorschlag für ein Gespräch in Bielefeld gebeten worden.

Herr Akay stellt fest, dass die aktuellen Entwicklungen nur aufgrund des Drucks aus der Bezirksvertretung stattgefunden hätten, und setzt sich weiterhin für eine Aufrechterhaltung des Antrages ein um die Ernsthaftigkeit des Anliegens zu unterstreichen.

Herr Hölscher (Die Linke) kritisiert, dass man sich Gedanken um ein mögliches Verhalten der IWG mache. Auch er bestehe auf die Durchsetzung des Antrages.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier hinterfragt den Sinn einer Feststellung, in welchem Umfang KdU-Leistungen in den Häusern am Alten Dreisch gezahlt würden, und stellt fest, dass die Rechtsberatung nicht Aufgabe der Stadt sei.

Herr Hoffmann (CDU-Fraktion) fragt nach, ob die vorgenommene Ortsbe-

sichtigung einer wohnungsaufsichtsrechtlichen Prüfung entspreche.

Herr Ellermann berichtet, dass bei der Ortsbesichtigung durch die zuständige Stelle die Mängel fotodokumentarisch festgehalten worden seien. Wenn das Gespräch mit dem Eigentümer nicht den erhofften Verlauf nehme, werde die Mängelbeseitigung im Rahmen der Wohnungsaufsicht nach Anhörung mit angemessener Fristsetzung verfügt und wenn nötig auch zwangsweise durchgesetzt.

Nach einer weiteren kontrovers geführten Diskussion fasst Herr Skarabis nach seinem Verständnis zusammen, dass, wie im ersten Absatz des Antrages gefordert, die Mängelfeststellung vor Ort durchgeführt worden sei und somit eine Beseitigung gefordert werden könne. Zum Prüfauftrag im zweiten Absatz des Antragtextes sei festzustellen, dass eine Stellungnahme vom Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- dazu bereits vorliege. Es gebe somit zu beiden Bereichen Antworten.

Nach nochmaliger Diskussion beantragt Herr Hölscher über den Antrag abzustimmen. Dies wird mehrheitlich beschlossen.

Zu dem vorliegenden Antrag ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten, im Vorfeld der gewünschten Gespräche mit dem Immobilieneigentümer IWG über die Siedlung Alter Dreisch eine wohnungsaufsichtsrechtliche Überprüfung durchzuführen.

Zudem soll geprüft werden, in welchem Umfang KdU-Leistungen in diesen Häusern gezahlt werden und ob die Mieter*innen hinsichtlich Mietminderungen beraten werden können.

Dafür: 8 Stimmen

Dagegen: 8 Stimmen

Enthaltungen: ---

- bei Stimmgleichheit abgelehnt -

Im Anschluss an die Abstimmung wird Herr Ellermann gebeten, die wiederholt von Herrn Burauen gestellte Frage, ob die Bürgerinitiative zu dem Gespräch in das Bauamt eingeladen werde, zu beantworten.

Herr Ellermann verneint dies und wirbt um Verständnis dafür, dass er sich außerhalb des Spannungsfeldes zunächst selbst ein Bild machen müsse.

Herr Burauen erwidert, dass man mit dem Bauamt keine guten Erfahrungen gemacht habe und bittet, auch den bestehenden Wohnungsleerstand zu thematisieren.

Herr Ellermann sagt zu, dass das Gespräch mit dem Eigentümer geführt werde und er in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst darüber berichten werde. Wenn es Missverständnisse in der Vergangen-

heit gegeben habe, bedaure er dies.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer weist darauf hin, dass dann in einem zweiten Schritt mit der Bürgerinitiative und dem Eigentümer gemeinsam gesprochen werden müsse.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 5.1 *

-:-

Zu Punkt 6

Antrag auf Erlass einer Erhaltungssatzung für die Siedlung Am Alten Dreisch -Anregung gem. § 24 GO- (aktueller Sachstand)

Aufgrund des engen inhaltlichen Zusammenhangs wurde der Tagesordnungspunkt gemeinsam mit dem TOP 5.1 behandelt.

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 6 *

-:-

Zu Punkt 7

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/Hi 12 "Wohngebiet Auf der Breede" für einen Teilbereich östlich der "Fredeburger Straße", südlich "Lipper Hellweg", westlich der "Selhausenstraße" im beschleunigten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB - Stadtbezirk Stieghorst -

Aufstellungsbeschluss

Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6278/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Herrn Runge vom Planungsbüro Drees & Huesmann sowie Frau Loh vom Bauamt zur Berichterstattung.

Frau Loh erläutert zunächst das Bauleitplanverfahren allgemein. Im Anschluss erklärt Herr Runge anhand einer Powerpoint-Präsentation die geplanten Festsetzungen im Geltungsbereich.

Herr Runge führt aus, dass zunächst das Problem der Erschließung zu lösen war; hier gebe es Lösungswege. Diese könne hauptsächlich über einen gestützten Aufweg erfolgen. Im Norden des Plangebietes, das durch eine relativ starke Neigung geprägt sei, könne außerdem eine wei-

tere Erschließung für zwei zusätzliche Baufelder realisiert werden. Die Gebäude mit sehr schmalen Grundrissen sollen in den Hang gebaut werden, als drittes Geschoss könne eine Art Staffelgeschoss entstehen, das eine Dachterrasse ermögliche. Von der Straße her sei auch noch das Untergeschoss, aufgrund der Bauweise in den Hang, sichtbar.

Frau Loh erläutert die Gründe, warum hier nicht die vom Rat der Stadt Bielefeld beschlossene 25 %-Quote angewendet werden solle, die öffentlich geförderten Wohnungsbau für jedes Bauleitplanverfahren in dieser Höhe vertraglich sichern solle. In Abstimmung mit dem Bereich der Wohnungsbauförderung sei dies hier nicht sinnvoll, da es einzelne Eigentümer gebe. Der Hinweis auf eine mögliche öffentliche Förderung erfolge.

Herr Hölscher (Die Linke) kann die Begründung für eine Nichtanwendung der 25 %-Regelung nicht nachvollziehen und drückt sein Unverständnis darüber aus, dass dem Investor so entgegengekommen werde.

Frau Loh entgegnet, dass der Investor nicht darum gebeten habe, sondern durchaus Bereitschaft gezeigt habe, die Quote anzuwenden. Sie berichtet, dass dies im vorliegenden Einfamilienhaus-Bereich mit mehreren Eigentümern von der Wohnungsbauförderung als sehr schwierig eingestuft werde. Es ginge auch nicht darum, dies zu verhindern. Darum solle auch der Hinweis auf die Fördermöglichkeiten gegeben werden.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) kritisiert, dass das Bauamt sich über einen Beschluss des Rates hinwegsetze. Er fragt nach, warum auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung verzichtet werde und warum einmal von 10 Wohneinheiten und dann von 7 bis 9 Wohneinheiten gesprochen werde. Weiterhin möchte er wissen, warum explizit Kinderbetreuung in dem Gebiet möglich sein solle. Herr Akay moniert, dass bei der vorgestellten Geschosshöhe und einer Geschossfläche von 230 m² pro Wohneinheit eher Villen entstünden. Es bestehe aber ein hoher Bedarf an Sozialwohnungen in der Stadt Bielefeld.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) signalisiert grundsätzlich Zustimmung seiner Fraktion zu der Beschlussvorlage. Er bemängelt ebenfalls die unterschiedlich angegebene Zahl der vorgesehenen Wohneinheiten. Zur Erschließung stellt er fest, dass die vorhandene Zuwegung nur 2 Meter breit sei und nicht wie ausgeführt 3 Meter. Auch sei die Einsehbarkeit nicht vollständig gegeben. Er bittet das zu überprüfen. Zu den finanziellen Auswirkungen merkt er an, dass die CDU-Fraktion nur zustimme, wenn der Stadt Bielefeld keine Kosten für städtebauliche Maßnahmen entstehen. Die müsse der Investor tragen. Zu der vom Rat beschlossenen 25 %-Quote stellt Herr Thole fest, dass auch Ausnahmen zulässig seien.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zeigt sich enttäuscht über die vorgelegte Planung. Er betont die Notwendigkeit des sozialen Wohnungsbaus und setzt sich für die Anwendung der Quotenregelung ein.

Herr Hölscher schlägt vor, die Beschlussvorlage wie folgt zu ergänzen:

„5. Die 25 %-Quote öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus ist einzuhalten.“

Herr Thole fragt nach, warum die Zuwegung von Norden nicht verlängert werden könne, die dann geradeaus zu den zu bebauenden Grundstücken geführt werden könne.

Herr Runge erläutert, dass dazu tief in den Berg gearbeitet werden müsse und kaum nutzbare Gartenbereiche entstehen könnten. Zur Erschließung seien Vorabgespräche geführt worden, aber inwieweit diese tatsächlich durchführbar sei, werde das Beteiligungsverfahren zeigen.

Zu den Fragen von Herrn Akay stellt Herr Runge fest, dass im vorliegenden Fall eine Durchführung im beschleunigten Verfahren möglich sei, da es sich um eine Innenentwicklung handle. Dabei müssten die Umweltbelange aber berücksichtigt werden, wenn auch im geringeren Umfang als im Vollverfahren. So müsse aber zum Beispiel ein Artenschutzbericht erstellt werden.

Die Ausnahmeregelung, dass Anlagen zur Kinderbetreuung im Geltungsbereich möglich seien, sei vorgesehen, da es dafür keinen Ausschlussgrund gebe.

Zu den Einwendungen von Herrn Thole führt Herr Runge aus, dass für eine Erschließung über den Weg an der Stützmauer dieser mindestens 3,50 Meter breit sein müsse, im Kurvenbereich noch breiter, am Ende 5,50 Meter. Die Kosten für die Stadt Bielefeld seien derzeit noch nicht abschätzbar, dies sei erst nach der Durchführung des Beteiligungsverfahrens möglich. Diese sollen dann vom Projektentwickler übernommen werden; dies würde sich aus der nächsten Beschlussvorlage ergeben.

Zur Geschossigkeit weist er darauf hin, dass nur zwei Vollgeschosse vorgesehen seien, so dass ein drittes Vollgeschoss ausgeschlossen sei.

Frau Loh weist zur Festsetzung einer 25 %-Quote darauf hin, dass laut Ratsbeschluss städtebaulich abgewogen werden darf, ob dies im Einzelfall sinnvoll sei. Diese Abwägung sei im vorliegenden Verfahren erfolgt.

Herr Hoffmann (CDU-Fraktion) und Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier sehen die Entscheidung gegen eine Festsetzung der Quote im vorliegenden Falle als sinnvoll an.

Herr Akay stellt fest, dass eine Zustimmung der SPD-Fraktion nur mit dem von Herrn Hölscher beantragten Zusatz erfolgen werde. Er stellt fest, dass im Zuge einer Wohnbebauung an dieser Stelle auch ein Fußweg angelegt werden könne, damit die Kinder gefahrlos Richtung Osningstadion gelangen. Herr Akay schlägt vor, die vorhandene Erschließung im Norden im Bogen ein Stück Richtung Süden zur Wohnbebauung zu verlängern. Dann sei die Zuwegung direkt von der Selhausenstraße aus entbehrlich und es werde an der Straße zur Stützmauer hin Platz für einen Gehweg geschaffen.

Herr Runge erwidert, dass das geprüft werden müsse.

Herr Thole plädiert für eine Abstimmung und signalisiert Zustimmung zu der Vorlage, wenn die Erschließung nochmals geprüft werde.

Zunächst lässt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer über den Änderungsantrag von Herrn Hölscher abstimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der Beschlusstext ist um folgenden Zusatz zu erweitern:

5. Die 25 %-Quote öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus ist einzuhalten.

Dafür: 8 Stimmen
Dagegen: 8 Stimmen
Enthaltungen: ---

- bei Stimmengleichheit abgelehnt -

Im Anschluss lässt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer über die Beschlussvorlage abstimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Der Bebauungsplan Nr. III/Hi 12 „Wohngebiet Auf der Breede“ ist für einen Teilbereich östlich der „Fredeburger Straße“, südlich „Lipper Hellweg“, westlich der „Selhausenstraße“ gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern. Für die genauen Grenzen des Änderungsbereiches ist die im Übersichtsplan M.:1:500 (im Original) mit blauer Farbe vorgenommene Abgrenzung verbindlich.
2. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/Hi 12 „Wohngebiet Auf der Breede“ soll im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) durchgeführt werden. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB ortsüblich öffentlich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a BauGB darauf hinzuweisen, dass die Aufstellung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB erfolgt.
3. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung ist gemäß § 3 (1) BauGB auf Grundlage der in der Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/Hi 12 „Wohngebiet auf der Breede“ durchzuführen.
4. Gemäß § 4 (1) BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Vorentwurf des Bebauungsplanes einzuholen.

Dafür: 8 Stimmen
Dagegen: 8 Stimmen
Enthaltungen: ---

- bei Stimmengleichheit abgelehnt –

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 7 *

Zu Punkt 8

Parkplatz am Osnungstadion: Verbesserung des baulichen Zustandes

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Frau Konteh vom Umweltbetrieb sowie Herrn Greve vom Immobilienservicebetrieb zur Berichterstattung.

Frau Konteh beschreibt zunächst den Ist-Zustand des Parkplatzes. Sie stellt anschließend Planungsansätze zur Herrichtung der Fläche vor. In einer großen Entwurfslösung sei eine Asphaltierung des Parkplatzes mit unveränderter Zufahrt und Erreichbarkeit der Vereinsgebäude vorgesehen. In diesem Falle müssten vier Bäume gefällt werden, die schon beschädigt seien und für die Ersatzpflanzungen vorgenommen würden. Die Baukosten würden sich auf ca. 200.000 Euro brutto belaufen. Eine Unterteilung in zwei Bauabschnitte sei sinnvoll. Für eine mögliche Erweiterung der entstehenden 77 Stellplätze um 8 weitere Plätze müssten noch zwei Bäume weichen. Die Mehrkosten würden dann ca. 600 Euro je zusätzlichen Stellplatz betragen. Der Bedarf an Stellplätzen sei zu ermitteln. Durch die vorgesehenen Pflanzflächen hätten LKW keine Möglichkeit mehr auf der Fläche zu drehen. Die Wahrscheinlichkeit einer Nutzung durch LKW sei daher dann gering, so dass die Errichtung einer Schranke entbehrlich sei.

Als Minimal-Lösung sei eine erneute Aufschotterung mit Einfassung zum Schutz der Bäume denkbar, außerdem die Installation einer Durchfahrtschranke. Diese müsse drehbar sein, da die Zufahrt die einzige Feuerwehrezufahrt sei. Die Kosten schätzt Frau Konteh auf ca. 62.000 Euro brutto, da auch ein vernünftiger Schotteraufbau erfolgen müsse.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) begrüßt die Vorstellung der Planungen und spricht sich eher für die große Lösung aus. Eine Aufschotterung sei immer wieder erforderlich und stelle insofern keine dauerhafte Lösung dar. Wie hoch die endgültige Stellplatzzahl sei, sei aus seiner Sicht nicht entscheidend.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) stellt fest, dass zunächst der Bedarf an Stellplätzen hätte geklärt werden sollen. Es müsse dann aber unbedingt LKW-Verkehr verhindert werden; daher spreche er sich auch bei einer Asphaltierung für eine entsprechende Schranke aus.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) bittet Frau Konteh, die Präsentation zur Verfügung zu stellen. Er fragt nach der voraussichtlichen Haltbarkeit der beiden Lösungen und wann die Maßnahme ausgeführt werden könne. Angesichts der Summe bezweifle er eine zeitnahe Realisierungs-

möglichkeit. Andererseits sei der Parkplatz aus seiner Sicht derzeit nicht verkehrssicher.

Frau Konteh antwortet auf die Anmerkung von Herrn Burauen, dass eine Durchfahrtschranke grundsätzlich auch in der großen Lösung berücksichtigt werden könne.

Zur Haltbarkeit der einzelnen Beläge könne sie aktuell keine Aussage treffen; dies sei auch abhängig von der Inanspruchnahme. Sie weist darauf hin, dass heute die Vorstellung von ersten Entwürfen im Vordergrund stehe, und vor weiteren Schritten die Kostenfrage zu klären sei.

Herr Greve weist darauf hin, dass aktuell keine Mittel für eine solche Maßnahme im Haushalt eingestellt seien, sondern nur die laufende Unterhaltung gesichert werden könne. Sollte ein entsprechender Beschluss gefasst werden, müsste dann zunächst verwaltungsintern eine Abstimmung darüber erfolgen.

Herr Thole schlägt vor, die Präsentation zur Verfügung zu stellen, genauso wie Aussagen zur Haltbarkeit der verschiedenen Lösungen. Dann müsse in einer der nächsten Sitzungen ein Beschluss gefasst werden.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer stellt fest, dass die Intention der Bezirksvertretung deutlich geworden sei.

Herr Skarabis stellt fest, dass der Auftrag der Bezirksvertretung an die Verwaltung mit dem heutigen Bericht erledigt worden sei. Zu klären sei, wie hoch der Stellplatzbedarf insgesamt sei. Dazu müssten Gespräche mit dem Sportamt und dem Sportverein erfolgen. Er schlägt vor, dass zunächst die fehlenden Komponenten zusammengetragen werden sollen und in der nächsten Sitzung entsprechende Informationen erfolgen. Dann könne die Bezirksvertretung sich entscheiden und einen Beschluss dazu fassen.

Herr Thole bittet darum auch zu klären, wie eine zeitliche Abwicklung denkbar sei.

Auf Nachfrage von Herrn Möller (CDU-Fraktion) erklärt Frau Konteh, dass eine Untergrundprüfung noch nicht vorgenommen worden sei. Es handle sich um eine grobe Erstplanung; bei einem entsprechenden Auftrag werde ein Baugrundgutachten erforderlich sein.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 8 *

Zu Punkt 9

Altenbericht 2017: Zusammenfassung der Ergebnisse für den Stadtbezirk Stieghorst

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Bueren (Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention)

und Herrn Dr. Aubke (Vorsitzender des Seniorenrates).

Herr Dr. Aubke berichtet einleitend zur Zielsetzung des heutigen Berichtes, die spezifischen Bedingungen in Stieghorst und die sich daraus ergebenden Konsequenzen vorzustellen. Der Seniorenrat habe beschlossen, nach 2007 erneut einen Altenbericht zu erstellen, der 2017 vorgestellt worden sei. Die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister seien gebeten worden, stadtteilbezogen zu überlegen, welche Folgen sich aus den Daten des Altenberichtes ergeben.

Frau Bueren erklärt, dass der Blick der Verwaltung zu diesem Thema nicht ausreichend sei, sondern die Perspektiven vor Ort benötigt werden. Sie verweist auf die Zusammenfassung für Stieghorst und erläutert die festgestellten Zahlen im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation. Im Ergebnis stellt sie fest, dass das Thema Alter dringend mehr Aufmerksamkeit und mehr Unterstützung benötige. Es sei erforderlich Gesprächsforen auf Stadtbezirks- und Sozialraumebene zu initiieren.

Herr Dr. Aubke berichtet ergänzend, dass sich die Stadt Bielefeld an einer europaweiten Studie zur Lebensqualität der Generation 55plus „Aktives Altern“ beteiligt habe. Nach Rücklauf der in Bielefeld versandten Fragebögen seien diese auch für die Bezirke ausgewertet worden. Eine Arbeitsgruppe des Seniorenrates habe sich damit befasst und Fragen entwickelt, die vor Ort mit den Menschen ausgetauscht werden sollten. Er habe die Bitte an die Politik auf die vor der Sitzung verteilte Fragenliste möglichst konkrete Antworten einzuholen, um Defizite zu identifizieren.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer bedankt sich für die Ausführungen und bittet nochmals um Klärung, wie mit der verteilten Fragenliste umgegangen werden solle. Herr Dr. Aubke schlägt vor, damit in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern einzutreten.

Herr Lange (CDU-Fraktion) legt dar, dass insbesondere ältere Menschen vor Ort Ansprechpartner der Verwaltung benötigten. So gingen die eingeschränkten Öffnungszeiten der Bürgerberatung mit längeren Wartezeiten oder auch Wegen nach Heepen oder Stadtmitte einher. Für den Ärztemangel im Stadtbezirk müsse eine Lösung gefunden werden. Auch gebe es zu bestimmten Zeiten eine Ausdünnung des ÖPNV; häufig betreffe dies ältere Menschen, die dann vorzugsweise öffentliche Verkehrsmittel nutzten. Weiterhin fehle es an öffentlichen Toiletten, insbesondere an der Stadtbahnendhaltestelle.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) mahnt die Schaffung von Möglichkeiten zum altersgerechten Wohnen an und beklagt, dass dort, wo diese realisiert werden, die Anbindung an den öffentlichen Nachverkehr nicht immer ausreichend sei. Er empfinde den Altersanteil im Stadtbezirk im Gegensatz zu den dargestellten Zahlen als sehr hoch und fragt nach, ob auch die Altenheime berücksichtigt worden seien. Dies bestätigt Herr Dr. Aubke.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) schlägt vor, das bisher für den Vorabend-Check-In für den Flughafen Paderborn genutzte Gebäude in Sieker für die Einrichtung einer öffentlichen Toilette vorzusehen. Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier gibt zu bedenken, dass dafür auch die Bezirksvertretung Mitte einbezogen werden müsse.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) möchte den Fokus auf den Stadtteil Sieker legen, in dem viele Menschen mit Migrationshintergrund leben und Fachleute vor Ort agieren. Er schlägt vor, das Thema, wie ältere Menschen unterstützt werden können, auf die Tagesordnung der Stadtteilkonferenz zu nehmen.

Herr Dr. Aubke zeigt sich offen für diese Anregung; insbesondere die Bedürfnisse älterer Menschen mit Migrationshintergrund seien schwierig zu erfassen. Zu den weiteren Anmerkungen berichtet Herr Dr. Aubke, dass das Thema der öffentlichen Toiletten ein besonderes Anliegen des Seniorenrates sei. Es gebe eine Arbeitsgruppe im Amt für Verkehr; ein erstes Konzept dazu liege vor. Ziel sei es für die Außenbezirke, an Orten mit hohen Umstiegszahlen Toiletten zu schaffen.

Frau Bueren stellt fest, dass die Politik den Auftrag übernehmen müsse, sich für die Bedürfnisse älterer Menschen einzusetzen; die Verantwortung dafür sei aus ihrer Sicht nicht Sache eines Runden Tisches.

Herr Akay weist auf eine Initiative der SPD hin, mit den umliegenden Geschäftsleuten an der Stadtbahnendhaltestelle in Stieghorst eine sogenannte „nette Toilette“ einzurichten. Aus rechtlichen Gründen sei es aber nicht möglich gewesen dies endgültig umzusetzen.

Herr Dr. Aubke bestätigt rechtliche Hürden, um beispielsweise die Toiletten für Bedienstete der moBiel GmbH auch für die Öffentlichkeit zu öffnen. Nachdem das entsprechende Projekt in früheren Jahren wegen des Haushaltssicherungskonzeptes nicht habe verwirklicht werden können, seien aktuell wieder Mittel bereitgestellt. Herr Dr. Aubke hofft, dass dadurch vernünftige Regelungen getroffen werden können.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer sichert zu, die dargelegten Themen zum Runden Tisch „Altenarbeit“ in Stieghorst mitzunehmen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 9 *

Zu Punkt 10

Information über das Bauprogramm 2018 - 2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6196/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 10 *

Zu Punkt 11 Verwendung der bezirklichen Sondermittel 2018

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) stellt fest, dass seine Fraktion noch Beratungsbedarf habe und beantragt für diesen Tagesordnungspunkt die 1. Lesung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr Akay benennt folgende Vorschläge zur Verwendung der Sondermittel:

- Sozialdienst Kath. Frauen e.V. Zuschuss zum Betrieb des Eva-Gahbler-Hauses	1.000 €
- Sozialdienst Kath. Frauen e.V. Zuschuss zum Betrieb des Jugendhauses	1.000 €
- Förderverein der Osningschule Sachkostenzuschuss	500 €
- Arbeiterwohlfahrt - Kreisverband Bielefeld Zuschuss zur Durchführung der Hausaufgabenhilfe an der Grundschule Hillegossen	1.000 €
- Diakonie für Bielefeld Zuschuss zum Betrieb der Spielwohnung Lipper Hellweg	750 €
- Gesellschaft für Sozialarbeit Zuschuss zum Betrieb des Kinderhauses Alter Dreisch	500 €
- Sozialdienst Kath. Frauen e.V. Unterstützung der Arbeit der „Stadtteilmütter“ in Sieker	1.000 €
- SV Ubbedissen e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	750 €
- TuS „Einigkeit“ Hillegossen e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	750 €
- TuRa 06 Bielefeld e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	750 €
- TuS Eintracht Bielefeld e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	400 €
- SC Lämershagen e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	200 €
- Bürgerinitiative Alter Dreisch Sachkostenzuschuss	200 €
- Förderverein Grundschule Ubbedissen Sachkostenzuschuss	500 €
- Förderverein Grundschule Hillegossen Sachkostenzuschuss	500 €
- Förderverein Grundschule Stieghorst Sachkostenzuschuss	500 €
- Garten-Kultur-Verein(t) Sieker e. V. Sachkostenzuschuss	700 €
- Kindertageseinrichtung Regenbogen Sachkostenzuschuss	200 €
- Aufstockung der Repräsentationsmittel des Bezirksbürgermeisters	250 €

Weiterhin schlägt Herr Akay vor, einen Beitrag für die Gestaltung des Innenkreisels an der Hillegosser Kreuzung in Höhe von 1.500 Euro aus den Sondermitteln vorzuhalten.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) schlägt erneut eine Teilsumme für die Installation einer Beleuchtung auf dem Fußweg von der Stettiner Straße zur Glatzer Straße vor.

Es besteht Übereinstimmung darüber, die Vorschlagslisten bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung über das Bezirksamt auszutauschen, um darüber jeweils zunächst fraktionsintern beraten zu können.

Herr Skarabis bittet darum, in der Mai-Sitzung einen Beschluss zur Verwendung der Sondermittel zu fassen, um das vorgegebene Verfahren einhalten zu können.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 11 *

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zur Sitzung liegen keine Informationspunkte vor.

* BV Stieghorst - 22.03.2018 - öffentlich - TOP 12 *
